

America Alert
**Informationsservice des Washingtoner
Büros der FES**

Ausgabe 19/2003 – 14. Oktober 2003

Unilateralismus oder Internationalisierung im Irak? Die Bush-Administration unter dem Druck einer außenpolitischen Richtungsentscheidung

Vizepräsident **Cheney** hätte wohl kaum in so massiver Weise in die gegenwärtige außenpolitische Debatte in den USA eingegriffen, wenn die Administration außenpolitisch an einem Strang ziehen würde. Die Anzeichen mehren sich, dass die aktuelle Irak-Politik selbst im Republikanischen Lager immer mehr Kritiker findet. Die Administration treibt auf einen Zustand der Lähmung zu. Die Irak-Politik ist zu einer politischen Bürde für die Präsidentschaftswahlen im November 2004 geworden. Erstmals ist die Administration und vor allem das Weiße Haus mit einem handfesten Skandal belastet: die Enthüllung der Identität einer CIA-Agentin mit dem durchschaubaren Ziel, damit die Erkenntnisse von Botschafter **Joseph Wilson** zu konterkarieren. Die Enthüllung der Identität von CIA-Agenten steht in den USA unter Strafe. **Wilson** war im Auftrag des CIA schon im Februar 2002, also über ein Jahr vor der Irak-Invasion zu dem Ergebnis gekommen, dass die angeblichen Uran-Beschaffungsversuche von Saddam im Niger, die sowohl von **Tony Blair** als auch **George W. Bush** noch im Januar 2003 als Hauptgrund für die Invasion herangezogen wurden, reine Erfindungen waren und nicht auf Tatsachen beruhten. Bei der CIA-Agentin handelt es sich um **Valerie Plame**, die Frau von Botschafter **Wilson**, dessen Untersuchungsergebnisse dem Weißen Haus deshalb so unangenehm waren, weil sie die Begründung der Irak-Invasion mit dem angeblichen Atomwaffenprogramm von **Saddam Hussein** als Täuschungsmanöver entlarvten. Das Weiße Haus und der CIA versuchten deshalb, die offizielle Mission vom Weißen Haus gleichsam als privates Unternehmen der Eheleute **Wilson** hinzustellen und die Loyalität beider Eheleute infrage zu stellen. Beide wurden Journalisten gegenüber als "Demokraten" (Indiz: Wahlkampfspende für **Al Gore**) und damit als unglaubwürdig hingestellt. Das Justizministerium hat nun eine strafrechtliche Untersuchung angeordnet, ein Verfahren, das vermutlich wenig erbringen wird. Demokraten fordern einen unabhängigen Untersuchungsrichter. Ob es dazu kommen wird, ist zweifelhaft, obwohl einer der Verdächtigen bei der Enthüllung der Namens der CIA-Agentin kein anderer als **Karl Rove** zu sein scheint, der Justizminister Ashcroft Wahlkampfberatungsdienste in Höhe von über 700 000 Dollar erbracht hat: ein ziemlich klarer Fall eines Interessenkonflikts (*conflict of interest*).

Die Umfragen haben mit nur 37 Prozent Zustimmung zu der Frage, ob Amerika sich politisch auf dem richtigen Weg befindet, einen gefährlichen Tiefstand für den seit dem 11. September 2001 äußerst populären Präsidenten erreicht. Der Kongress

wird zwar dem 87 Mrd. Dollar Paket, das die **Bush-Administration** zur Finanzierung des militärischen Einsatzes im Irak sowie zum Wiederaufbau des Landes beantragt hat, zustimmen, aber dieses doppelt so hoch als erwartet ausgefallene finanzielle Engagement wird gleichzeitig zu einem schweren Mühlstein, der Unsicherheit und Zweifel an der Irak-Entscheidung des Präsidenten verstärken und vertiefen wird.

Die Kostenfrage des amerikanischen Engagements im Irak ist der eigentliche Ausgangspunkt der jetzigen Richtungsdebatte über die amerikanische Außenpolitik. Im Kongress mehren sich die Stimmen, die vor den wirtschaftspolitischen Konsequenzen warnen: schlagen sich die hohen Ausgaben für die Finanzierung des de facto wohl mindestens 400 Mrd. Dollar hohen Budgetdefizits - möglicherweise sind es sogar über 500 Mrd. - in höheren Zinsen nieder, könnte das jetzt leichte Wachstum der amerikanischen Volkswirtschaft wieder gedrosselt werden und die Wiederwahl **George W. Bushs** gefährden.

Ein weiteres Problem ist die jetzt stärker sichtbar werdende Überlastung der amerikanischen Streitkräfte. Das Irak-Engagement bindet noch auf längere Zeit weit über 100.000 amerikanische Truppen. Zur Zeit sind es 130.000 Soldaten. Um dieses Engagement auf Dauer durchzuhalten, ist mittlerweile fast die Hälfte der amerikanischen Streitkräfte allein im Irak gebunden, denn für jeden dort stationierten Soldaten braucht man mindestens drei oder vier weitere Soldaten zur Aufrechterhaltung dieses Präsenz-Niveaus. Der personelle Umfang der gesamten amerikanischen Streitkräfte beträgt 1,4 Millionen Personen. Diese Zahl schließt alle Teilstreitkräfte ein (Heer, Luftwaffe, Marine, Marine-Corps und Coast Guard). Schon jetzt ist vielfach die Rede von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Frage, die die jetzige Administration fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Aber auch eventuell notwendige umfangreiche Einsätze von Reservisten und/oder der *National Guard* wären eine politisch schmerzhaft Entscheidung. Die Popularität des Präsidenten würde damit sicher nicht gefördert werden, denn schon jetzt stöhnen die im Irak eingesetzten Truppen unter der enormen Belastung für die Soldaten und ihre Familien.

Noch schwerer aber wiegt die Frage, ob nicht mit dem jetzigen Irak-Einsatz die amerikanische **Abschreckungsfähigkeit** gefährliche Einbußen erlitten hat, so dass kaum noch wirklicher militärischer Handlungsspielraum gegeben ist, um Iran und/oder Nordkorea wirksam von der Durchsetzung ihrer Nuklearwaffenprogramme abschrecken zu können. Noch sind diese Stimmen nicht zahlreich genug und vor allem hält sich die militärische Führung des Landes zurück, in diese Debatte einzugreifen. Stimmen wie die des ehemaligen *Assistant Secretary of Defense* und *Secretary of the Navy* in der **Reagan-Administration, James Webb**, sind jetzt noch die Ausnahme. Sie sind aber immer stärker hörbar und im Zuge des Wahlkampfes werden Demokratische Präsidentschaftskandidaten die abnehmende amerikanische Abschreckungsfähigkeit zu einem Thema machen. Die Folge wird sein, dass damit die außenpolitische Kompetenz von **George W. Bush** zur Debatte stehen wird, denn er muss in einer gespaltenen Administration außenpolitisch Führungsfähigkeit zeigen.

Folgt er dem Rat seines Vizepräsidenten – und es gibt wenig Zweifel daran, dass **Cheney** den Text mit dem Weißen Haus abgestimmt hat und damit die Richtungsentscheidung praktisch vorweggenommen wurde – wird Amerika die Rolle der UN im Irak nicht grundsätzlich verändern. **Cheney** repräsentiert noch immer das eigentliche Machtzentrum in der amerikanischen Politik. Die Kritik an der Amtsführung von **Condoleezza Rice** nimmt zu. Sie wird jetzt mehr oder weniger offen in der Presse als schwach dargestellt. **Cheney** sieht in einer verstärkten UN-Rolle "einen Kurs des Nicht-Handelns." Klarer und härter lässt sich der unilateralistische Kern der Außenpolitik der **Bush-Administration** nicht ausdrücken. **Cheney** will den Kampf gegen den Terrorismus – und Irak ist für ihn unauflöslich mit dem Kampf gegen den Terrorismus verbunden – im Irak führen, sodass Amerika sich damit nicht zu Hause auseinandersetzen muss: "We are fighting this evil in Iraq so we do not have to fight it on the streets of our own cities."

Er hält die gegenwärtige außenpolitische Debatte für eine Richtungsentscheidung von historischer Dimension. Sie sei die folgenreichste Debatte seit den Tagen des kalten Krieges und der Entstehung eines überparteilichen Konsenses zur Bekämpfung des Kommunismus. Die Frage einer größeren UN-Rolle, die das *State*

Department, aber auch immer mehr Mitglieder des Kongresses – nicht nur die Demokraten - für unausweichlich halten, um das Irak-Engagement durchhalten zu können, charakterisiert **Cheney** als eine Frage von "Handeln" oder "Nicht-Handeln." Er wie auch Verteidigungsminister **Rumsfeld** setzen dabei auf das Konzept der Koalition der Willigen, und das heisst ohne der UN eine größere Rolle oder gar Verantwortung im Irak zu geben. Ob das militärische Engagement der USA finanziell und personell durchzuhalten sein wird, ist sehr die Frage. Die **Bush-Administration** hofft, von der Asien-Reise des Präsidenten in der kommenden Woche Hilfszusagen mitbringen zu können, vor allem aus Japan. Die Blicke der Administration richten sich auch auf Saudi-Arabien und die Golf-Staaten. Noch sträubt sich die Administration auch auf den Vorschlag zahlreicher Mitglieder des Kongresses einzugehen und das Finanzpaket für den Irak nicht als verlorenen Zuschuss, sondern als Kredit zu vergeben. Der Grund ist offensichtlich: Im Irak würde eine solche Entscheidung die Lage der amerikanischen Streitkräfte verschlimmern.

Der Druck auf potentiell andere Geber wird aber zunehmen, auf der bevorstehenden Geber-Konferenz und in der Form einer Aufforderung zum Schuldenerlass bzw. zur Umstrukturierung der Schulden des alten Regimes, eine Leistung, die vor allem Russland, Europa und andere Schuldnerländer erbringen müssten und weniger die USA.

Washington, 14. Oktober 2003 (DD)

Dokumente:

Rede von Vizepräsident Dick Cheney bei der Heritage Foundation am 10. Oktober 2003:

<http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/hl800.cfm>

Michael Duffy, "Leaking With A Vengeance," Time Magazine, October 13, 2003

<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1101031013-493240,00.html>